

durch das Einhämmern von Grenzpfählen der Versuch gemacht werden, eine Pseudo-Lösung zu schaffen.

SPIEGEL: Nun ist es aber doch die Meinung aller Polen, daß man zunächst die Grenze anerkennen muß, bevor man andere Fragen wie Volksgruppenrechte und Minderheitenrechte regeln kann.

GUTTENBERG: Wissen Sie, Kommunisten sind in meinen Augen immer Reaktionäre gewesen. Und ich wundere mich gar nicht, daß der Kommunist Gomulka in dieser Frage auf nationalstaatliche Rezepte zurückgreift. Es ist ja auch kein Wunder, daß zwischen diesen Arbeiter-und-Bauern-Paradiesen in Osteuropa ganz harte, undurchdringliche Grenzen entstanden sind. Das sind Reaktionäre.

SPIEGEL: Sind Sie immer noch der Meinung, die Sie 1964 in Ihrem Buch „Wenn der Westen will“ vertreten haben, „kein Pole würde ernsthaft daran glauben, daß eine deutsche Regierung wirklich und dauerhaft auf ein Drittel des deutschen Gebietes“ verzichten würde?

GUTTENBERG: Ich bin der Überzeugung, daß die Polen aus ihrer eigenen stolzen Geschichte gar nicht auf den Gedanken kommen können, daß ein Volk wie die Deutschen so mit einem Federstrich anerkennt: Dies ist für immer vorbei, in diesen Gebieten gibt es nichts Deutsches mehr.

SPIEGEL: Ihre Fraktions-Kollegen Dichgans und Petersen haben erst unlängst nach einer Polen-Reise erklärt, daß auch Verhandlungen zu keiner Verschiebung der Grenze führen.

GUTTENBERG: Dies halte ich für einen Satz, der geradezu ungeschichtlich ist. Meine Kollegen sind da vielleicht jener modischen Strömung zum Opfer gefallen, die da glaubt, unter Realität nur das zu verstehen, was die gegenwärtige Machtlage an Wirklichkeit gebracht hat. Für mich gehört zur Realität sehr viel mehr als nur die gegenwärtige Machtlage. Ich wehre mich dagegen, meine politische Haltung und meine politischen Ziele nur an der Realität gegenwärtiger Macht zu orientieren.

SPIEGEL: Halten Sie es für eine saubere Lösung, durch Neuwahlen festzustellen, ob die Ostpolitik der CDU/CSU-Opposition oder die Ostpolitik der SPD/FDP-Regierung von der Mehrheit der Bevölkerung unterstützt wird?

GUTTENBERG: Ich halte diese von der SPD erwogene Möglichkeit für ganz schlecht und gefährlich. Wir haben schon einmal in Deutschland eine Demokratie gehabt, die daran zugrunde gegangen ist, daß ein wilder Streit entbrannte über die elementarsten Fragen des eigenen Volkes. Ein Streit um diese Fragen in einer Bundestagswahl, sozusagen also ein Plebiszit um die Ostpolitik der Regierung Brandt, würde nach meiner festen Überzeugung der Beginn dazu sein, daß sich Bonn auf den Weg zurück nach Weimar macht.

SPIEGEL: Herr von Guttenberg, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

DEVISEN-SPEKULATION

Kleine Delle

Karl aus Frankfurt tröstete Karl aus Bonn. „Das halten wir noch eine ganze Weile aus“, versicherte Bundesbank-Präsident Karl Klasen, als sein Freund, der Bonner Wirtschaftsminister Karl Schiller, sich am letzten Donnerstagmorgen bei ihm nach dem Stand der Dollarschwemme erkundigte.

Am Tag zuvor hatte die Frankfurter Zentralbank nach Bonn einen sich stündlich steigenden neuen Run auf die Mark gemeldet. Bis Geschäftsschluß um 16 Uhr hatten Spekulanten aus aller Welt rund 650 Millionen Dollar zum Tausch gegen Mark präsentiert. Schuld an der Dollar-Flut, so vermuten die Währungshüter, war ein Gerücht, das die Londoner Nachrichtenagentur Reuter in der Nacht vom



Frankfurter Devisenbörse
„Völlig unsinnige Gerüchte“

Dienstag auf Mittwoch verbreitet hatte. Reuter hatte behauptet, Bonn plane die Bandbreite, innerhalb deren die Mark um die feste Kursrelation zum Dollar schwanken darf, zu erhöhen. Statt um 0,828 Prozent solle die Mark-Notierung des Dollars künftig um ein Prozent von der amtlichen Parität abweichen dürfen.

Der Dollar hätte dann statt zwischen 3,6300 Mark und 3,6900 Mark zwischen den Margen 3,6234 und 3,6966 hin- und herpendeln können. Die Veränderung hätte den Spekulanten für jede auf deutsche Konten transferierte Dollar-Million 6600 Mark Profit gebracht.

Als am Donnerstag offenbar wurde, daß diese Rechnung nicht aufging, endete der Zustrom. Der Dollar-Kurs, der zuvor auf den unteren Interventionspunkt von 3,6300, zu dem die Bundesbank jede Devisenmenge ankaufen muß, gesackt war, stieg bis zum Freitag wieder auf 3,6344 Mark an. „Es war doch nur eine kleine Delle“, frohlockte Karl Schiller. Dennoch behauptete er, der Ansturm fremder Millionen auf die deutschen Devisenplätze sei nun „eine dringendere Gefahr als die Preiswelle“.

Denn schon vor der Reuter-Ente waren Woche für Woche Millionenbeträge in die Bundesrepublik geschwemmt. Schuld daran sind nicht allein die „völlig unsinnigen“ (Bundesbank-Vizepräsident Otmarr Emminger) Aufwertungsgerüchte, die unter den Devisenhändlern grassieren und von Schillers Staatssekretär Klaus Dieter Arndt, der seit Monaten eine neue Wechselkursänderung „nicht ausschließen mag“, noch angeheizt wurden. Auch die hohen Zinsen und die starke Kreditnachfrage der Wirtschaft locken Auslandsgeld ins Land.

In der vergangenen Woche gerieten sogar die öffentlichen Hände in den Verdacht, der Bundesbank in den Rücken gefallen zu sein. Die „Frankfurter Allgemeine“ hatte behauptet, verschiedene Bundesländer, darunter „auch sozialdemokratisch regierte“, hätten einige hundert Millionen Mark in Zürich geliehen, um damit ihre Konjunkturausgleichs-Rücklage zu finanzieren.

Die Meldung scheuchte die Beamten der Abteilung Geld und Kredit im Bundeswirtschaftsministerium auf. Referent Dieter Gammerding telefonierte alle Länder-Finanzministerien von Kiel bis München ab und erkundigte sich, ob neue Kredite aufgenommen worden seien. Doch alle Länder meldeten Fehlanzeige.

Schließlich kamen auch noch Bundesbahn und Bundespost ins Gerede. Die Verdächtigten beteuerten jedoch, daß sie nur bei inländischen Banken geborgt hätten. Sie konnten freilich nicht ausschließen, daß ihre Banken sich das Geld am Eurodollar-Markt besorgt haben.

„Die Mittelzuflüsse aus dem Ausland“, so konstatierte Bundesbankier Emminger, „haben unsere Politik schon etwas beeinträchtigt, aber noch keineswegs durchkreuzt.“ Der Zentralbankier hofft, daß „wir den bestehenden Restriktionsgrad dennoch aufrechterhalten können“. Notfalls müsse der Zentralbankrat eben die zugeflossene Liquidität wieder abschöpfen.

Schiller dagegen fürchtet, daß auch die einzigen Bremsen, die den Preisauftrieb noch dämpfen könnten, reissen. Die Bundesbank werde, so Schiller am letzten Freitag, möglicherweise gezwungen, ihre Politik aufzugeben, weil die hohen Zinsen und die Liquiditätsverknappung immer noch mehr Geld anlocken und dadurch den Preisauftrieb verschärfen könnten. Schiller: „Es ist möglich, daß wir umrüsten müssen auf eine neue Policy-Mix.“

Wie die Mixtur aussehen müßte, ließ er im Halbdunkel. Er orakelte nur, dann sei eben etwas weniger Aktivität aus Frankfurt und etwas mehr aus Bonn vonnöten. Weil jedoch keineswegs feststeht, daß Schiller in den nächsten Wochen mit Steuerplänen im Kabinett reüssiert, funktionierte sein Staatssekretär Arndt die Devisen-Misere vorsorglich in eine Erfolgs-Meldung um.

Arndt über die Dollarschwemme: „Es gibt wohl keinen besseren Vertrauensbeweis der Welt für die Stabilitätspolitik der Bundesregierung.“